

Extra-Beilage zu Nr. 275 des General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis.
Mittwoch den 22. November 1893.

Stadtverordneten-Sitzung
am 20. November 1893.

(Nachdruck verboten)

Anwesend sind a) am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Staudte, Bürgermeister Dr. Schmidt und die Stadträte Postel, Schulze, Pfeffer, Colla, Gensner, Jodanis, Dr. Kräbe, Bernial;

Beginn der Sitzung 4 1/4 Uhr.

Die Punkte 1, 2, 3 betreffen die Vermietung einer Wohnung im städtischen Grundstück Schimmelstraße 2, die Verpachtung von Ackerparzellen auf dem Südrichthofe und den Finalabschluss der Armentasse pro 1892/93.

4. Regulirung der Gerberaale.

Vorliegender: Ich würde diese Angelegenheit nicht gerade heute auf die Tagesordnung gesetzt haben, wenn dieselbe nicht eilig wäre. Es sind Grundstücke zum Kauf angeboten worden, zu dem aber der Termin abläuft. Ob derselbe erneuert wird, ist zweifelhaft.

Der Magistrat legt mit den Vorakten eine vom Stadtbauamt ausgearbeitete Denkschrift betreffend die Regulirung der Gerberaale und die zugehörigen Zeichnungen mit dem Ersuchen vor, das in der Denkschrift mit Entwurf 2 bezeichnete Projekt für die Ausführung genehmigen zu wollen. Der Entwurf 2 beabsichtigt eine Ueberwölbung des Flusslaufes der Gerberaale zwischen Klansbrücke und Moritzbrücke unter gleichzeitiger theilweiser Verlegung des Flussbettes, sowie eine Regulirung und Ausschöpfung der Flusssohle im oberen Laufe der Gerberaale zwischen Moritzbrücke und Schiffsaale. Die für diese Arbeiten erforderlichen Mittel in Höhe von 280 000 Mark dürften aus der Anleihe zu bestreiten sein.

Gleichzeitig ersucht der Magistrat die Versammlung, dem beigefügten, im Anschluss an das vorbeschriebene Regulirungsprojekt vorgezeichneten Fischlinienplan zuzustimmen zu wollen. Der letztere ist aufgestellt worden, um die Durchführung eines Hauptvortheils der Flussregulirung, nämlich die Herstellung einer besseren Verbindung des sogenannten „Strohhoftviertels“ mit der eigentlichen Geschäftstadt zu erreichen.

Da die Ausführung des vorgelegten Regulirungsprojekts nur möglich ist, wenn die Stadt das Verfügungsrecht über den zum Kaufe Moritzkirchhof Nr. 4 gehörenden, in die Gerberaale vorspringenden Hofraum erlangt, so wurde mit dem Besitzer dieses Grundstücks, Herrn Tuchfabrikant Göge, wiederholt daraufhin verhandelt, ob und unter welchen Umständen derselbe wohl die erforderlichen Bauarbeiten auf seinem Hofraum gestatten wolle. Herr Göge ließ sich in diesem Sinne zu der in den Vorakten befindlichen Abmachung, d. d. 22. Juni 1893 bereit finden, nach welcher die Stadtgemeinde ihm unter gewissen Bedingungen sein ganzes Grundstück abzukaufen hätte.

Um nun die geplante Regulirung der Gerberaale baldmöglichst und spätestens im nächsten Frühjahr zur Ausführung bringen zu können, ersucht der Magistrat die Versammlung ferner, dieses vorläufige Abkommen, an welches sich Herr Göge übrigens nur bis zum 1. Oktober d. J. gebunden halten will, genehmigen und die hieraus entstandenen Kosten halten will, sowie eine weitere Summe von voranschätzlich etwa 300 Mark (nach dem Abkommen zu bedenkenden Gerichtskosten) ebenfalls aus der Anleihe bewilligen zu wollen.

Der Magistrat weist hierbei noch darauf hin, dass die sehr wünschenswerthe Verbindung des sogenannten Strohhofviertels mit der inneren Stadt wohl nur durch die vorgeschlagene oder wenigstens eine ähnliche Fischlinien-Festlegung zu erreichen sein wird, mag nun die Gerberaale in irgend

einer Weise regulirt werden oder nicht; der Erwerb des Grundstücks Moritzkirchhof Nr. 4 wird sich mithin auf alle Fälle nicht umgehen lassen.

Die näheren mündlichen Erörterungen seines Antrags behält der Magistrat sich vor.

Berichtertatter Herr Baurath Brüncke: Meine Herren! Der Magistrat legt uns ein Projekt zur Regulirung der Gerberaale vor. Er hat dazu eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die die Mittel und Wege genauer angibt, auf welche Weise eine derartige Regulirung zu verfolgen und zu erreichen ist.

Die Mittel und Wege, die vorhanden sind, gliedern sich in 3 Theile. Erstens ist es möglich die Gerberaale zu reguliren als offenes Gerinne, indem nur die Sohle regulirt wird, zweitens die Sohle zu reguliren und zu überbeden und drittens könnte man die ganze Saale zustoepen. Der letztere Weg kann nicht eingeschlagen werden, denn alle Wassergerechtfame müssten dann wegfallen und außerdem würde schwerlich der Fiskus eine derartige Verengung des Wasserprofils zulassen, wenn wir nicht ein Aequivalent dafür geben.

Es bleiben also nur die beiden ersten Wege übrig. In erster Linie wird die Behandlung der Gerberaale als offenes Gerinne versucht werden. Man hat eine Menge Wasser-messungen und Profilaufnahmen vorgenommen im Januar. Diese haben ergeben, dass sich sehr wohl durch Regulirung der Sohle ein besseres Gefälle schaffen und damit eine Beseitigung der hauptsächlichsten Uebelstände erreichen lässt. Es ist aber lebhaft dieser eine Zweck, der damit erreicht werden kann, denn nach wie vor würde die Gerberaale von der Moritzbrücke bis zur Klansbrücke eine Ablagerungsstelle für allen möglichen Murath abgeben, also in hygienischer Beziehung nicht viel geholfen sein.

In zweiter Linie ist eine Uebermauerung und Ueberwölbung und theilweise Verlegung der Gerberaale in Vorschlag gebracht, indem man sagt, wir erreichen dadurch, dass das Wasser schneller abgeführt wird und nicht mehr Murath in ihm sich anhäufen kann. Damit verbindet sich auch der Vortheil, dass eine Straße gewonnen wird, und ein großer Theil des Flusslaufes zu Bauzwecken benutzt werden kann. Dadurch wird auch ein ganzer Stadttheil mit dem Haupttheil in nähere Verbindung gebracht. Den Bewohnern des Strohhofviertels wird dadurch geholfen. Die Verkehrsverhältnisse werden gebessert, genug, die Gegend wird feuerkräftiger und leistungsfähiger. Ich will nun die einzelnen Projekte näher besprechen und will zunächst bemerken, dass eine gewisse Wassermenge bei kleinstem Wasserstande durch die Gerberaale abgeführt werden muß. Diese Wassermenge beträgt 0,70 Kubm. pro Sekunde. Durch verschiedene Kanäle kommen 0,09 Kubm. pro Sekunde Schmutzwasser in die Saale, sobald eine Verdünnung von 1:8 eintritt. Diese geringe Verdünnung ruft besondere Uebelstände hervor, die zu Klagen Veranlassung gegeben haben. Es liegt daher das Bestreben vor, diese Verdünnung größer werden zu lassen von 1:50. Zu diesem Zwecke ist nicht nur das Profil zu corrigiren, sondern auch die Sohle. Diefelbe muß mit einem bestimmten Gefälle betonirt werden, und zwar auf einer Sandunterlage, sobald bei niedrigstem Wasserstande immer noch 4,5 Kubikmeter Wasser durch die offene Gerberaale abfließen können. Erwähnt muß werden, daß durch diese Regulirung dem Mühlgraben eine größere Menge Wasser entzogen wird, 16 Kubikmeter in der Stunde. Wenn wir nun bisher 3/4 Kubikmeter haben und auf 4,5 Kubikmeter kommen wollen, so müssen wir 3/4 Kubikmeter aus der Schiffsaale entnehmen, die dem Mühlgerinne und der Schiffsaale also weniger zugeführt werden. Dies Quantum würde eine merkliche Veränderung in dem Wasserstande der Schiffsaale nicht herbeiführen, sollte dies der

Soll sein, so müsste der Einlauf etwas verengt werden. Die ganze Regulierung bei offenem Gerinne erstreckt sich darauf, daß man die Sohle regulirt und die Profile einschränkt. Es sind hierzu nicht viel Arbeiten nöthig. Dieselben bestehen lediglich aus Erarbeiten, aus Ausbetonirungen der Sohle und Wasserfahrarbeiten. Abgesehen von Arbeiten, die auf den Titel „Insgemein“ fallen, würde dieses Projekt 90 000 Mark kosten.

Ein anderer Weg ist nun der von Magistrat befürwortete und von der Bau- und Finanzkommission empfohlene, die Gerberlaale zu überwölben und theilweis zu verlegen. In diesem Zwecke soll die Gerberlaale von ihrer Abtrennung von der Schiffsaale bis zur Morigbrücke in ihrem jetzigen Zustande verbleiben, nur die Sohle soll gepflastert und das Profil soll regulirt werden. Das Sohlegefälle soll 1:3000 betragen, bei Hochwasser würde dasselbe 1:10000 sein. Eine gewisse Menge Wasser muß immer hindurchgeführt werden. Das geringste Profil ist bei dem Hause Spitze 12. Was jetzt bei Hochwasser durchgeht, muß auch bei überdeckter Saale durchfließen. Das Profil des Kanals wird etwa eine Breite von 5,50 Meter und eine Höhe von 3,30 Meter haben. Das Stadtbauamt hat nun nachgewiesen, daß bei einer bestimmten Geschwindigkeit durch einen solchen Kanal immer noch mehr Wasser abfließen kann als durch das kleinste Profil bei Spitze 12.

Dieser Kanal soll nun als Straße hergerichtet werden, von der Morigbrücke bis zum Profil Nr. 24 an der Spitze, von dort ab wird das Bett der Saale verlassen und drei Hauptstraßen werden verfolgt, um kurz vor der Klausbrücke wieder in die Zeffnung hineinzutreten. Der jetzt dort bestehende Kanal wird 70 m oberhalb abgefangen und oberhalb der Brücke in den neuen Kanal eingeführt.

Den Straßenkörper denkt man sich in der Weise, daß die Fahrschienenbreite 7 1/2 m, die Trottoirbreite 2 1/2 m und die Gesamtbreite 12 1/2 m betragen soll. In das Trottoir sollen die Nöhren für die Wasserleitung, für Gas und Kanalisation gelegt werden, jedoch im bisherigen Zustande nicht geändert würde. Gleichzeitig soll der Kanal alle Abwässer von den Straßen und Höfen aufnehmen. Für die Niederschlagswässer sollen besondere Ninnen gebildet werden, die sich ohne Weiteres in den Kanal ergießen.

Auf der westlichen Seite will man von der Legung des Trottoirs vorläufig Abstand nehmen, da man hofft, daß die Hintergebäude mit der Zeit verschwinden werden, um Geschäftshäusern Platz zu machen.

Die Gerberställe, die die Gerber haben, sind noch zu besprechen. Es sind 4 Gerber, die die Gerberlaale zu ihrem Gewerbe benutzen und insofern auch Zugänge zu dem Kanal haben müßten. Man will nun Treppen in den Kanal bauen und Wangen anbringen, so daß die Gerber nach wie vor ihr Gewerbe betreiben können. An der der Treppe gegenüberliegenden Seite wird ein Nichtigdach geschaffen.

Da die Morigbrücke schon immer Verkehrsbehindernde geboten hat, wird beabsichtigt, eine Senkung des Scheitels derselben vorzunehmen. Die Baukommission hat diesem Vorschlage zugestimmt unter der Bedingung, daß dadurch der Verkehr nicht leidet.

Mit der Durchführung dieses Projektes wäre nun die Erwerbung eines Grundstückes Morigkirchhof 4 nöthig, Herrn Ohge gehörig. Die Vorlage hat längere Zeit gebraucht, um den Inanspruchweg durchzumachen. Der Termin, bis zu welchem Herr Ohge sein Grundstück zum Verkauf gestellt hatte, war abgelaufen, er ist aber bis zum 1. Dezember verlängert worden. Dieses Grundstück ist durchaus erforderlich und daher der Antrag zum Erwerb gestellt.

Der 3. Antrag bezieht sich auf die Fluchtlinienregulierung. Wir haben in der Baukommission davon Abstand genommen, dieser Frage schon jetzt näher zu treten. Ich möchte vorschlagen, heute davon abzusehen, weil man noch nicht übersehen kann, wie einschneidend die Verlegung sein wird.

Was nun die Kosten des II. Projektes anbetrifft, so sind die selbstverständlich höher als bei dem ersten. Die Ueber-

wählung, der Abbruch der verschiedenen Brücken, der Antelbrücke, der Morigbrücke und anderer Brücken, die Verlegung des Stromes in die drei Hauptstraßen, der Abbruch der alten Mauer und Ausführung einer neuen, die Regulierung der Kanäle u. s. w. machen bedeutende Kosten. Diese belaufen sich im Großen und Ganzen auf 280 000 M. Bei diesen muß man aber gewisse Summen wieder in Abrechnung bringen. Für die wiedererzuziehenden Straßenausbauforderungen bis zur Klausbrücke 20 000 M., für Verkauf von Baugrund bis zur Klausbrücke 100 000 M. Für Ausführung der Betonirungsarbeiten schen die Summe zu klein, die Kommission hat 10 000 M. hinzugelegt. Die Gesamtsumme würde sich demnach auf 290 000 M. weniger 120 000 M. gleich 170 000 M. belaufen.

Ich habe noch etwas übersehen, die Ventilation des Kanals. Die Kommission hat diese Frage noch offen gelassen und wir empfehlen Ihnen, die Ventilationsfrage noch offen zu lassen, da die Meinung vertreten wurde, daß wir eine Ventilation nicht nöthig haben werden.

Nun möchte ich die Punkte verlesen, unter denen sich die Baukommission für die Ausführung von Projekt II ausspricht:

1. Sie empfiehlt die Ausführung 1., wenn der Scheitel der Morigbrücke gesenkt wird,
2. wenn die Beschlußfassung über die Ventilation angelegt wird,
3. wenn der Titel „Insgemein“ zur Ausführung der Betonirung und der Wasserbewältigungsarbeiten um 10 000 M. vermindert wird,
4. wenn für den Verkauf von Terrain nur 100 000 M. eingestellt werden.

Sie empfiehlt den Ankauf des Ohge'schen Grundstückes für 28 800 M. und die Festsetzung der Fluchtlinienregulierung für spätere Zeit.

Beichtschreiber der Finanzkommission St. W. Billing: Nach den Mittheilungen des Herrn Vorredners habe ich nicht nöthig, näher auf die Sache einzugehen. Nur ein paar kurze Bemerkungen möchte ich machen. Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Gerber in einer Versammlung vom 18. Juli die Erklärung abgegeben haben, daß sie gegen eine Ueberwölbung keinen Einspruch erheben werden und daß sie auch auf eine Entschädigung verzichten, sobald die Stadt diejenige Einrichtungen trifft, die zur Ausführung ihres Gewerbes erforderlich sind. Eine ähnliche Erklärung hat Herr Franzen abgegeben.

Meine Herren! Obgleich in der Kommission nicht direkt die Frage gestellt wurde, ob das Projekt I zur Durchführung zu bringen sei, so stand diese Frage doch im Vordergrund. Alle Herren aber der Finanzkommission waren darin einig, daß auf das Bestimmteste dies Projekt nicht zu empfehlen sei, daß dessen Ausführung vielmehr gleichbedeutend sei mit dem Wegwerfen von 100 000 Mark. Einmal werde nach Ausführung des Projektes I die Gerberlaale nach wie vor eine sehr bequeme und geschützte Abladestelle für Unrath bleiben, zum andern werde das Strohhofviertel sein unschönes Aussehen behalten und vor allem werde dasselbe ein Herd epidemischer Krankheiten und damit eine Gefahr für die Wohnerschaft von Halle sein. Sonach hat das Projekt I seinen Vertheidiger in der Finanzkommission gefunden. Um so lebhafter wurden die Vorträge vom Projekt II hervorgerufen. Durch dessen Ausführung werden diejenigen Zustände beseitigt, welche jetzt beim Auftreten einer Epidemie die Gegend zu einer der gefährlichsten der Stadt Halle machen. Neben diesen allgemeinen Vortheilen würde aber das Projekt II auch eine wirtschaftliche Hebung des Stadttheils herbeiführen, welche bei I ausgeschlossen ist oder doch in weit geringerer Weise eintrete. Zur Erlangung dieser Vortheile sei kein Opfer zu groß, auch nicht die Befreiung des Haushaltsplanes mit 13—15 000 M. für Verzinzung des Kapitals, das sich ja verringern wird durch den Verkauf des Baugrundes, das es sich überhaupt um Terrain handelt, das erworben werden muß. Wenn man dies er-

ragt, so ergibt die Wahl des Projektes II eine Belastung, die in absehbarer Zeit als minimal bezeichnet werden kann. Unter diesen Umständen beschloß die Finanzkommission die Ausführung des Projektes II und demnach die Bewilligung von 280 000 Mk. und 10 000 Mk.

Eine Konsequenz dieses Beschlusses ist der Ankauf erwähnten Grundstückes mit 28 800 Mk.

Den Anträgen 1—4 der Kommission ist die Finanzkommission beigetreten. Sie empfiehlt die Annahme der Anträge der Kommission.

Vorsitzender: Ich eröffne die Diskussion.

St.-B. Richter: Die Arbeit, die Herr Stadtbaurath Gensmer gemacht hat, ist eine außerordentlich wertvolle. Projekt II halte ich für dasjenige, welches mir empfehlenswert ist.

Ich habe nur hinzuzufügen, daß ich bei Durchsicht der Vorlage nicht gefunden habe, daß von benutzigen Theil, der zu Bauplänen verwandt werden soll, die ungeheuren Schmutzmassen entfernt werden sollen, die dort sich seit einem halben Jahrhundert abgelagert haben. Wenn man den Schlamm einfach aufsticht und das Areal verkauft zu Bauplänen, so wird die Gegend später einen Pestherd abgeben. Ich will die Frage stellen, ob der Magistrat der Ansicht ist, daß eine Reinigung des Grundstückes vorzunehmen ist oder nicht.

St.-B. Brüncke: Herr Richter sieht etwas zu schwarz. Wir geben viel Geld für Baggerung aus. Wo die Fäkalien herkommen sollten, weiß ich nicht. Ich kenne den Grund und Boden. Hinter der Himmelschicht kommt der reine Kies. 1892 ist die letzte Ausgrabung erfolgt, um mehr Mühlgerinne anzulegen. Seitdem haben alle Jahre Baggerungen stattgefunden, so daß der Muthras beseitigt ist.

St.-B. Hüllmann: Fäkalien sind gar nicht da. Der Schlamm an der Morbrücke ist doch wiederholt einer sehr gründlichen Reinigung unterworfen worden, besonders in den fünfziger oder sechziger Jahren. Der Boden reinigt sich aber auch selbst. Soweit wie er herangezogen werden muß, soweit bin ich auch dafür. Ich werde vom gesundheitlichen Standpunkt nichts dagegen haben, dort bauen zu lassen.

St.-B. Richter: Ich wundere mich, daß in dieser Weise seitens des Herrn Vordrers über die Beschaffenheit der Gerberaale gemeldet wird. Es ist gesagt worden, daß schon immer gebaggert sei, dann baggen Sie doch weiter!

Stadtbaurath Gensmer: Meine Herren! Wenn man sich für das Projekt II ausspricht, dann müssen die Hebelstände beseitigt werden. Das macht aber keine Schwierigkeiten und keine zu großen Kosten.

St.-B. Brüncke: Als in vorigen Jahre die Cholera in Hannover wüthete und auch das übrige Deutschland bedroht war, da sagte Herr Hüllmann, wir dürfen dort keinen Bau machen, um die Fäkalien beseitigt sind. Die Projekte lassen an Sicherheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es ist geradezu eine meisterhafte Arbeit, die der Herr Stadtbaurath mit der Deutlichkeit geschaffen hat. Wenn wir etwas Vollkommenes machen wollen, dann dürfen wir nur Projekt II nehmen. Ich möchte mir noch darauf hinweisen, daß der Preis für den Verkauf der Baupläne viel zu hoch gegriffen ist. Ich möchte aber auch auf das Gallen-Terrain hinweisen. Das ist dasselbe, wie heute die Gegend für uns. Heute haben wir dort einen gesunden Platz und der größte Theil des Geldes ist herausgenommen. Später wird die Zeit kommen, wo es heißen wird, die Ausführung von Projekt II war das Nichtigste.

St.-B. Gläse: Die Klagen über die Gerberaale sind sehr alt. Wir haben dieselben jedes Jahr mindestens ein Mal gehört. Nun ist hier eine Befestigung der Hebelstände vorgeschlagen, die besser nicht gemacht werden kann. Alle Herren, auch die Techniker, sind darin einig, daß die Pläne vorzüglich sind. Wenn dort einmal etwas gesehen soll, so muß das gründlich geschehen. Und wenn in der That die Hebelstände derartig sind, wie die Zeichnungen sie schildern und wie ich sie ja auch mit meiner eigenen Nase durchprobiert habe, dann können wir Projekt I gar nicht brauchen. 100 000 Mk.

würden rein weggeworfen werden. Der Schlamm wird beseitigt werden müssen und dazu werden noch 10 000 Mk. nöthig sein, so daß die Gesamtkosten 300 000 Mk. betragen. Wenn man 100 000 Mk. für Rückvergütung erhält, so bleibt eine Summe von 200 000 Mk., diese geben zu 4 Prozent 8000 Mk. Zinsen. Es darf dieses große Opfer nicht demüthet werden, wenn man dadurch einen ganzen Stadttheil gesunder machen kann. Ich will zugeben, daß es jetzt etwas schwierig ist, so viele Tausende Mark anzugeben, namentlich nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, nach welcher die Stadt zur Unterhaltung der Bürgersteige gezwungen werden kann. Wir müssen daher die Sache rechtlich überlegen, ob wir eine derartige große Sache schaffen können. Ich sehe ziemlich schwarz und glaube, daß der Stadt noch eine sehr große Mehrbelastung auferlegt wird. Wir können uns dieser Sache aber nicht entziehen. Es bleibt nichts anderes übrig, als diese Sache einmal gründlich zu bessern. Es ist zweifellos, daß wir damit ein Werk schaffen, das den kommenden Geschlechtern großen Vortheil bringen wird, und mit Rücksicht auf diesen weit ansehnlichen Punkt bitte ich um Ihre Zustimmung.

Stadtbaurath Jodanis und der Vorredner weisen darauf hin, daß die neue Begeordung für Halle keine Bedeutung habe.

St.-B. Hüllmann: Die Infektion des Bodens hat etwas für sich. Wir können uns aber darüber beruhigen. Bei Ausgrabungen von verunreinigten Stellen ist man auf guten Sand gekommen. Es liegen nun auch ganz direkte Versuche vor, die im Reichsgesundheitsamte unter Leitung des Prof. Koch von Dr. Fränkel gemacht worden sind. Derselbe hat Sand in einem Bassin 1—3 m hoch aufgestellt und nun unreine Flüssigkeiten durchfließen. Es hat sich herausgestellt, daß von krankheitserzeugenden Bakterien keine mehr vorhanden waren. Mehr als 3 m tief kam keine, bei 1½ m hörten sie schon auf. Die Gefahr also, daß hier im Schlamm alles abgelagert sei, besteht nicht. Erst seit 1850 ist der Ankauf schlecht geworden. Ausbaggerer können wir nicht wieder vornehmen. Jetzt ist die Saale ausgebaggert, und trotzdem ist der Geruch vorhanden, besonders an den Ausflüssen der Kanäle. Es muß der Kanal vollständig abgefangen werden. Das ist nur in der Weise zu machen, wie vorgeschlagen worden ist. Es liegen auch schon Erfahrungen mit Ueberwölbungen vor. In Breslau ist die alte Ober-, ein entseftiger Stinkkanal, überwölbt und jetzt vollkommen gesund, und es ist eine gute Straße dort. In Glemnis sind ebenfalls solche Zustände gewesen. Wenn jetzt die Sanitätskommission eine Untersuchung der Häuser der Allee-gasse vornehmen würde, so würden entsetliche Zustände zutage kommen. Dieselben werden sich aber verlieren, sobald eine neue Straße geschaffen wird. Auf diese Weise wird also die Stadt sanitär sehr gebessert.

St.-B. Schulz: Meine Herren! Wir wollen große Opfer bringen. Für mich existieren die 100 000 Mk. aus dem Rückkauf von Terrain nicht. Damit können wir in 10—20 Jahren nicht rechnen. Ich meine, wer heute ja sagt, der muß gewärtig sein, daß das Projekt nicht 300 000, sondern 400 000 Mk. kostet. Ich möchte nun noch die Frage stellen, ob die Verhältnisse mit dem Fiskus vollständig hergestellt sind und ob der Fiskus mitreden kann, wenn das Terrain zugeschnitten wird.

St.-B. Stecker: Die Summe, welche das Terrain wieder einbringen soll, ist auf 100 000 Mk. zurückgesetzt. Diese Herabsetzung ist nicht nöthig. Die Einnahmen sind problematischer Natur. Für beide Beträge sind feste Belastungen nicht vorhanden. Wohl aber können 150 000 Mk. eher richtig sein. Es handelt sich nicht um den Verkauf von 2000 Quadratmeter, sondern um Vorland zu 25 bis 30 Grundstücken. Es sind da Terraintreifen von 3 Meter Breite und auch von 9 Meter Breite. Dieses Land wird schnell verkauft werden, da Niemand das Land liegen lassen wird, wenn er es jetzt jedenfalls viel billiger erhält als in Jahren.

Eine andere Sache betrifft das Dreieck, welches zum Halleterrain gehört. Die Vertheilung dieses Stückes ist nicht hoch genug angeschlagen. Wir verbessen also auch zu Gunsten unseres Stadtkadels.

Außerdem haben wir solche billige Bauperiode noch nicht gehabt wie jetzt. Daher wird man mit 300.000 Mk. wohl ankommen.

Stadtbaurath Genzmer: Ich möchte dem entgegen-treten, daß sich die Summe um 100.000 Mk. erhöhen könnte.

Mit den Behörden können wir erst in Verbindung treten, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die Behörden werden Schwierigkeiten wohl nicht machen.

St.-B. Dietlein: Ich frage an, ob Vorsorge getroffen ist, daß künftig nicht die Abwässer z. B. von den Häusern der Glauchaerstraße in die Saale geworfen werden.

Stadtbaurath Genzmer: Den Itebeständen wird natür-lich abgeholfen werden.

St.-B. Brünne: Alle Einwürfe werden durch das große Gefühl der Saale weggeführt und unschädlich gemacht.

Ich glaube auch, daß der Regierungspräsident der Sache sympathisch gegenübersteht. Aber nicht nur mit der Regier-ung, sondern auch mit den Mätern und Vatern ist zu rechnen. Eine Prüfung muß ja eintreten.

St.-B. Klinschardt: Wir haben in den letzten Jahren ganz außerordentliche Wasser- und Witterungsverhältnisse gehabt, dadurch sind die Itebestände bedeutend mehr hervor-getreten und diese sollen jetzt durch solche Maßregeln be-seitigt werden. Denn kann ich mich nicht anschließen. Wenn man den vierten Theil der Summe aufwendet, so kann nach meinem Dafürhalten ein großer Theil des Itebestands beseitigt werden. Ich würde dafür eintreten, noch 1-2 Jahre zu warten und zu sehen, wie sich die Verhältnisse nach gründ-licher Ausbaggerung gestalten. Andererseits sind mir die Kosten ausbaggerung sehr hoch. Andererseits sind mir die Kosten der Ausbaggerung sehr hoch. Andererseits sind mir die Kosten der Ausbaggerung sehr hoch. Wir wissen noch gar nicht, welche Einsprüche von der Mühle gemacht werden. Wir werden durch die Ausbaggerung in Zukunft doch nicht über eine Reinigungsstation hinwegkommen. Auch müssen wir die Genehmigung der Landespolizei einholen. Unser heutiger Beschluß kann überhaupt nur insofern ein vorläufiger sein, als wir erst abwarten müssen, was für An-sprüche an die Stadt gestellt werden.

Sollte der Boden zugeschüttet werden, so muß der Schlamm beseitigt werden. Dann ist es noch eine offene Frage, wem das Terrain gehört, der Stadt oder dem Itebest.

Vorsitzender: Es ist der Schluß beantragt. Bei der Abstimmung über denselben wird er abgelehnt.

St.-B. Sachs: Ich betrachte die Gerberjaale als Schmerzenskind. Ich möchte Herrn Klinschardt zur Er-wägung geben, daß wir für Baggerung 3000 Mk. aufge-wandt haben. Die müssen wir in Abrechnung bringen bei dem Zinsverlust. Entweder wir müssen etwas Ordentliches machen oder gar nichts. Wenn wir alle Punkte in Erwägung ziehen, dann müssen wir Projekt II annehmen.

Stadtrath Jochnus: Ich wollte die Rechtsfrage be-antworten. Die Strombauverwaltung hat ihre Genehmigung dazu zu geben. Nun hat das Obertribunal ausgesprochen, daß derjenige der Eigentümer des Landes ist, welcher die Neuerung gemacht hat. Wir werden also die Eigentümer von Grund und Boden.

St.-B. Schulz: Müßen wir eine Entschädigung zahlen?
Stadtrath Jochnus: Nein.

St.-B. Genze: Ich wollte mir die Frage erlauben, ob überhaupt Rücksicht auf unsere große Kanalisation ge-nommen worden ist.

Stadtbaurath Genzmer: Das ist selbstverständlich be-rücksichtigt.

Vorsitzender: Ich schließe die Diskussion.

St.-B. Schulz: Ich bitte um das Wort zur Geschäfts-ordnung. Ich möchte eine zweite Lesung beantragen. — Dieser Antrag wird abgelehnt. Die Anträge der Baukommission werden dann mit großer Mehrheit angenommen.

5. Petition: Auktions Terrain in der Südrstraße betreffend — fällt aus.

6. Petition Lohausen: Wasserförderung betreffend

wird an die Kommission mit dem Ersuchen über-wiesen, die rechtskundigen Mitglieder der Versammlung zur Entscheidung heranzuziehen und die Sache nochmal zu unter-breiten.

7. Petition von Anwohnern der Delitzscher- und Freiinfelderstraße, Straßen- und Be-lenchtungsängel betr.

Berichterstatter Herr Robert: Eine größere Anzahl von Anwohnern dieser Straßen haben darauf hingewiesen, daß bei jetzigem Wetter der Wagenverkehr fast unmöglich wäre. Auch der Fußleig ist in der Freiinfelderstraße sehr schlecht. Sie bitten auch um Besserung in der Beleuchtung, besonders mangelhaft ist dieselbe bei der Einfahrt in die Freiinfelderstraße. Die Petitionskommission schlägt Ihnen vor, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nachdem noch Herr St.-B. Friedrich die Langsam-keit im Entscheidungungsverfahren getadelt, Herr Stadtrath Jochnus darauf hingewiesen hat, daß dies nicht an der Regierung, sondern an den Sachverständigen liege, wird der Antrag der Petitionskommission angenommen.

8. Errichtung von drei Affidentenstellen und einer Botenstelle.

Berichterstatter Herr Stechner: Unter Befügung der betreffenden Vorlagen beantragt der Magistrat die Errichtung je einer Affidentenstelle (Gehalt 1300 Mk.) bei der Armen-verwaltung, dem Stadtbauamt und der Polizeiverwaltung und einer Botenstelle zum 1. April 1894 beschließen zu wollen.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages.

Denselben wird entsprochen.

Punkt 9. Mittelbewilligung für die erste Kinder-bevahrungskass.

war von geringer Bedeutung.

Vorsitzender: Aus der Mitte der Versammlung ist hier die Frage an den Magistrat gestellt worden, wann er die Anfang September gestellte Anfrage über die Prüfung der Kältemaschinen im Schlacht- und Viehhof beantworten will.

Oberbürgermeister Stande: Die Anfrage wird in der nächsten Zeit beantwortet werden, wenn der Sachverständige sein Gutachten abgegeben hat.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7½ Uhr.